

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 11

Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1955

Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Herausgeber

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wien 1955

Gliederung

	Seite
Bilanz der Jahre 1945—1955	4
Rückblick auf die Erste Republik 1918—1938	6
Auswirkungen des österreichischen Staatsvertrages	11
Künftige Entwicklung des Sozialproduktes	14
Produktivitätssteigerung und Expansionsmöglichkeiten	17
Verschiebungen in der Verwendung des Sozialproduktes	21
Längerfristige Hauptprobleme	25
Exportieren und Investieren	25
Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt	27
Mitbestimmung und Zusammenarbeit der Sozialpartner	28

Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag Längerfristige Aspekte

von

Dr. Franz Nemschak

Vortrag, gehalten in der Mitgliederversammlung
der Vereinigung Österreichischer Industrieller am
16. November 1955 in Wien (Konzerthaus
Schubertsaal).

Meine Damen und Herren!

Mein Vortrag wird sich absichtlich nicht mit *kurzfristigen* Problemen befassen, obwohl es gerade im gegenwärtigen Augenblick verlockend wäre, die österreichische Konjunkturlage im Lichte der jüngsten Preis-Lohn-Spannungen zu schildern und die Gefahren zu zeigen, von denen die innere und äußere Stabilität einer vollbeschäftigten Wirtschaft, Währung und Zahlungsbilanz bedroht werden. Ich glaube jedoch, daß es, wenn überhaupt, in diesen Tagen, in denen wir die Befreiung unseres Landes nach 10 Jahren alliierter Besetzung und die Wiedergewinnung unserer vollen staatlichen Souveränität feiern, gerechtfertigt und nötig ist, neben den brennenden aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen auch die *längerfristigen Lebensfragen* unserer Wirtschaft und unseres Landes ins Auge zu fassen.

Ich werde zunächst in kurzen Strichen eine *Bilanz der österreichischen Wirtschaft* in den vergangenen 10 Jahren ziehen und den *Weg und das Schicksal der Ersten Österreichischen Republik* von 1918 bis 1938 kurz in Erinnerung rufen. Dann werde ich die Lasten und die wirtschaftliche Bedeutung des *österreichischen Staatsvertrages* streifen und anschließend einen *Blick in die Zukunft* werfen. Ich werde dabei die großen Entwicklungslinien unserer Wirtschaft herausstellen und mich mit der *künftigen Entwicklung des österreichischen Sozialproduktes und seiner*

Verwendung für Konsum und Investitionen auseinandersetzen. Schließlich werde ich einige *langfristige Hauptprobleme* herausgreifen und andeuten, in welcher Richtung die Wirtschaftspolitik Lösungen suchen müßte

Bilanz der Jahre 1945—1955

Trotz umfangreichen Kriegszerstörungen und Demontagen, trotz schwersten Einbußen an menschlicher Substanz, trotz vierfacher Besetzung und Demarkationslinien, trotz USIA-Wirtschaft und demütigender Beschränkung unserer Souveränität ist Österreichs Wirtschaft heute, am Ende einer 10jährigen Besetzung durch vier Großmächte, ungleich lebenskräftiger und zukunftsreicher als die Erste Republik von 1918 bis 1938.

Die *Industrieproduktion* ist gegenwärtig, wenn man auch die Produktion der ehemals russisch verwalteten Betriebe berücksichtigt, fast 2 5mal so groß wie 1937.

Die *Zahl der Beschäftigten* ist um 750 000 oder 50% höher als 1937. Es besteht praktisch Vollbeschäftigung. Im Jahre 1937 war rund ein Drittel der Erwerbstätigen arbeitslos. Selbst im besten Konjunkturjahr der Ersten Republik, im Jahre 1929, betrug die Rate der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 10%.

Die *Produktivität der Industrie* ist um 23% höher als vor dem Kriege.

Die *österreichische Landwirtschaft* hat den Grad der Selbstversorgung von 81% (1937) auf 85% (1954) gesteigert, obwohl ihr infolge anhaltender „Landflucht“ um 167.000 (14%) Arbeitskräfte weniger und eine um 200.000 *ha* (3%) kleinere Kulturfäche zur Verfügung standen. Die Landwirtschaft hat ihre Arbeitsproduktivität um 19% gesteigert.

Das *Volumen der Exporte* ist gegenwärtig doppelt so hoch wie i. J. 1937, obwohl infolge der weltpolitischen Entwicklung der Außenhandel von den traditionellen Märkten im Südosten und Osten Europas unter schwierigen Konkurrenzbedingungen auf die westlichen Länder umgeschichtet werden mußte.

Der *Ausländer-Fremdenverkehr* nahm trotz der Besetzung unseres Landes um 90% zu. (Die Zahl der Ausländer-Übernachtungen stieg

von 6 8 Mill. im Fremdenverkehrsjahr 1936/37 auf 13 Mill. im Jahre 1954/55.)

Die *Zahlungsbilanz* Österreichs war in den Jahren 1953 und 1954 mit 71 und 68 Mill. \$ hoch aktiv. Das kleine, von vier Großmächten besetzte, angeblich so arme Land Österreich war vorübergehend zum Gläubiger der Welt geworden! Zugegeben, die österreichische Zahlungsbilanz ist gegenwärtig aus verschiedenen Gründen wieder passiv. (Ich kann auf diesen Umstand hier nicht näher eingehen.) Diese Einschränkung ändert nichts an der Feststellung, daß Österreich in den vergangenen Jahren den eindrucksvollen Beweis geliefert hat, daß es bei entsprechender Wirtschaftspolitik durchaus lebensfähig ist.

Das *österreichische Sozialprodukt* war in den ersten Nachkriegsjahren 1945/46 auf einen Bruchteil, auf kaum mehr als ein Drittel der Vorkriegsgröße geschrumpft. Im vergangenen Jahr (1954) war es bereits um 52% größer als vor dem Kriege (87 Mrd. S), und es kann angenommen werden, daß es in diesem Jahre auf annähernd 100 Mrd. S wachsen wird.

Während wir im Jahre 1937 nur 6 bis 7% des an sich schmalen Sozialproduktes für *Investitionen* abzweigten und in der schweren Krise der Dreißigerjahre kaum die Ersatzinvestitionen bestreiten konnten, betrug die Investitionsrate in den vergangenen Jahren durchschnittlich 18%, im Jahre 1954 sogar 22%. Auf Schutt und Asche sind moderne Produktionsstätten errichtet worden und Hunderttausende neuer Dauerarbeitsplätze entstanden. Das Straßennetz wurde verbessert und erweitert, die Elektrifizierung der Bahnen vorangetrieben, großzügige Verkehrseinrichtungen wurden geschaffen. Seit 1945 wurden rund 350.000 neue Wohnungen errichtet. Auch für Parkanlagen, Kindergärten, Heilstätten und Schulen wurden größere Mittel aufgewendet. Nicht zuletzt haben wir unsere schwerbeschädigten oder zerstörten Kulturdenkmäler wieder aufgebaut, schöner und herrlicher denn je: In Wien unseren Stephansdom schon vor Jahren, und gerade in diesen Tagen feierten wir die Wiedereröffnung unseres Burgtheaters und unserer Staatsoper.

Trotz umfangreichen Investitionen konnte in den vergangenen 10 Jahren auch das *Konsumniveau* unseres Volkes fühlbar gehoben

werden. Es liegt gegenwärtig (je Kopf der Bevölkerung) um etwa ein Drittel höher als vor dem Kriege. Wir verbrauchen heute zwar etwas weniger Nahrungsmittel als vor dem Kriege (2%), wir essen weniger Getreideprodukte, Fleisch und Fett. Aber wir verbrauchen mehr elektrischen Strom und Gas, geben mehr für Genußmittel, für die Ausstattung unserer Wohnungen und für Verkehrsleistungen aus, wir gönnen uns schönere Urlaubsreisen. Auch die Elektrifizierung der Haushalte hat große Fortschritte gemacht. Die Zahl der in städtischen und ländlichen Haushalten verwendeten dauerhaften Konsumgüter, wie Radioapparate, Elektrogeräte, Heißwasserspeicher, Waschmaschinen, Kühlschränke, Futterdämpfer usw., ist um ein Vielfaches höher als vor dem Kriege. Besonders augenfällig ist die Motorisierung: Im Jahre 1937 waren in Österreich nur 65.000 Motorräder angemeldet, im Jahre 1955 aber bereits 272.000. Die Zahl der Personenkraftwagen ist von 32.000 auf 110.000 gestiegen, wobei zu bemerken ist, daß gegenwärtig bereits fast ein Viertel der Personenkraftwagen unselbständig Erwerbstätigen gehören.

Schließlich sind bei einem Vergleich der Lebenshaltung von heute mit der von 1937 die großen *Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialpolitik* nicht zu vergessen. Außerdem spielen neben den gesetzlich zugesicherten Leistungen in wachsendem Maße auch die freiwilligen Leistungen der Unternehmer eine wichtige Rolle.

Wir wollen diese stolze Bilanz, in der sich die wunderbare Erneuerung und Kräftigung unserer Wirtschaft spiegelt, nicht ziehen, ohne dankbar an die uns freundschaftlich gesinnten Völker und Staatsmänner zu denken, die uns in schwierigster Zeit wertvollste Hilfe leisteten. Vor allem sind wir dem amerikanischen Volke zu großem Dank verpflichtet. Österreich hat von Mai 1945 bis heute Hilfe in Höhe von ungefähr 16 Mrd. \$ erhalten, das sind 42 Mrd. S heutiger Kaufkraft. Den weitaus größten Teil, 14 Mrd. \$ (88%), steuerten die Vereinigten Staaten bei.

Rückblick auf die Erste Republik 1918—1938

Bevor ich mich den Aussichten unserer Wirtschaft zuwende, möchte ich, in gedrängter Darstellung, kaleidoskopisch gleichsam — damit ich den Rahmen meines Vortrages nicht sprengte — das Schicksal

der Ersten Österreichischen Republik vor unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen.

Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1918 hatte das Kernland Österreichs mit seiner hochentwickelten gewerblichen Wirtschaft mit einem Schlage von seinen bisherigen inländischen Rohstoffquellen und Absatzgebieten abgeschnitten. Die jungen, zu nationalem Selbstbewußtsein erwachten Nachfolgestaaten trachteten, ihre eigenen Industrien aufzubauen, und sperrten sich durch hohe Zollmauern so weit wie möglich gegenüber Österreich ab. Gleichzeitig entstanden, weil der organische Zusammenhang des altösterreichischen Wirtschaftsgebietes zerriß, im Gefüge der österreichischen Restwirtschaft zahlreiche störende Mißverhältnisse. Besonders Wien als der geistige und wirtschaftliche Mittelpunkt eines ehemals großen Reiches, mit seinem an größeren geschichtlichen Aufgaben gewachsenen staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungsapparat, hatte jede gesunde Proportion zum verbliebenen Staatsraum verloren.

Aber schlimmer noch als die objektive Lage, schlimmer als das Fehlen von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Absatzgebieten für unsere Industrieprodukte war der *Mangel an nationalem Selbstbewußtsein*. In zahlreichen Reden und Schriften wurde dem Volke systematisch jeder Glaube an die Lebensfähigkeit und an die geschichtliche Bestimmung eines selbständigen österreichischen Staates genommen. Statt das österreichische Volk mit einem flammenden Patriotismus zu erfüllen, hielten die damaligen politischen Parteien die Zeit für gekommen, ihre kleinteiligen Interessengegensätze auszutragen. Der Mangel einer höheren staaterhaltenden Verantwortlichkeit fand auch in der Abschließung der Länder gegenüber der Zweimillionenstadt Wien einen grotesken Ausdruck. Der Engländer Sir *Arthur Salter* schrieb in seinem 1926 in Genf veröffentlichten Buch *The Financial Reconstruction of Austria*:

„Es ist kein analoger Fall der Isolierung einer Großstadt in ihrem eigenen Lande in unserer Zeit, und wahrscheinlich überhaupt nicht in der Geschichte bekannt.“

Nachdem der *Friedensvertrag von St. Germain* den Anschluß an das Deutsche Reich verboten hatte, ließ man in einer kaum verständlichen

Passivität die wirtschaftliche Entwicklung einer Katastrophe zutreiben, scheinbar, um auf diese Weise den Ententemächten die Lebensunfähigkeit Österreichs zu demonstrieren.

In den Jahren 1918 bis 1922 wüteten Hunger und Not. Am 18. April 1919 wurden bei Hungerunruhen 50 Personen getötet. Preise und Löhne schraubten sich in schwindelnde Höhen, das Defizit des Staatshaushaltes nahm beängstigende Ausmaße an. Die erste internationale Hilfsaktion von neun Mächten im Jahre 1919 zerrann ohne produktive Wirkungen. Staatspräsident Karl *Renner* sandte Notruf auf Notruf in die Welt. Bundeskanzler Ignaz *Seipel* richtete im August 1922 einen Brief an den Obersten Rat der Ententemächte, der in nicht übertreffbarer dramatischer Beredsamkeit die verzweifelte Lage Österreichs darstellte. In seinem Antwortschreiben wies *Lloyd George* im Namen der Ententemächte nüchtern auf die erfolglose Verwendung der bisher gewährten Kredite hin.

Erst die Völkerbundanleihe Ende 1922 in Höhe von 650 Mill. Goldkronen brachte eine Wendung. Die Inflation wurde abgestoppt und die österreichische Währung saniert. Im Jahre 1923 setzte ein beachtlicher wirtschaftlicher Aufschwung ein. Aber auch die Jahre von 1923 bis 1929 verliefen nicht störungsfrei. Die Jahre 1924 bis 1926 standen sogar im Zeichen einer anhaltenden Depression. Im Jahre 1929 begann die verheerende Weltwirtschaftskrise. Die Lawine der Bankenzusammenbrüche kam nicht zufällig in Österreich, dem labilsten Feld der weltwirtschaftlichen Verflechtungen, ins Rollen. Mit der Deroutierung des Kreditapparates wurde die Produktion drakonisch eingeschränkt, der Handel schrumpfte, Hunderttausende wurden arbeitslos. Im Jahre 1932 wurde die österreichische Währung zum zweiten Male saniert. Die langsame Erholung der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1933 bis 1938 stand bereits im Schatten des kommenden Krieges. Nur die Produktionsgüterindustrien, die von der Rüstungskonjunktur profitierten, entwickelten sich günstig, die Verbrauchsgüterindustrien stagnierten nach wie vor. Die Belebung der Weltkonjunktur blieb praktisch ohne Einfluß auf die österreichische Binnenwirtschaft. Von einer aktiven Konjunktur- und Budgetpolitik gab es damals noch keine Spur. Das letzte österreichische Budget des Jahres 1937, mit Gesamtausgaben in Höhe von

1.432 Mill. S, sah für Investitionen, die die Wirtschaft hätten beleben können, nur 22 Mill. S vor, also so gut wie nichts. Auch die staatliche Investitionstätigkeit außerhalb des Budgets hielt sich in engen Grenzen, die eingesetzten Mittel waren immer nur Tropfen auf heißem Stein. Dabei gab es massenhaft freie Kapazitäten, billige Rohstoffe und hunderttausende Arbeitslose.

Es liegt mir ferne, mit diesem Rückblick den verantwortlichen Männern der Ersten Republik Vorwürfe zu machen. Viel reichere und besser fundierte Staaten als Österreich, Volkswirtschaften mit ungleich größeren Möglichkeiten für eine autonome Konjunkturpolitik haben in den dreißiger Jahren keinen Ausweg aus der Krise gefunden. Im übrigen haben damals auch die Wirtschaftswissenschaftler versagt und keinen vernünftigen Rat zu geben gewußt. Den österreichischen Wirtschaftspolitikern muß man auch zugute halten, daß ihre Deflationspolitik vor 1938 nicht nur eine natürliche Reaktion auf die noch immer in schlimmster Erinnerung fortlebende vorangegangene inflationistische Geld- und Kreditpolitik war, sondern daß sie offenbar auch durch eine besonders strenge Finanzgebarung um das Vertrauen der Finanzmächte in die Kreditwürdigkeit des österreichischen Staates zu werben suchten.

Auch wenn wir die Schwierigkeiten, gegen die die Männer der Ersten Republik zu kämpfen hatten, voll würdigen, so dürfen wir doch sagen, daß die Lage nach dem zweiten Weltkrieg objektiv mindestens ebenso schwierig war wie die nach dem ersten Weltkrieg.

Im Jahre 1918 waren der Produktionsapparat, die Verkehrseinrichtungen und Gebäude im ganzen intakt, die Männer kehrten nach Beendigung des Krieges rasch von den Fronten oder aus den Kriegsgefangenenlagern in die Heimat zurück. Nach dem zweiten Weltkrieg dagegen standen wir buchstäblich vor Trümmerhaufen, große Teile unseres Landes waren unmittelbar Kriegsschauplatz gewesen, unser Land wurde von fremden Mächten besetzt, hunderttausende Flüchtlinge überfluteten unser Land, zahlreiche Frauen, Kinder und Mütter warteten lange Jahre, viele von ihnen vergeblich, auf ihre Männer, Väter und Söhne. Täglich wurden Menschen geraubt und verschleppt, die Rechtsunsicherheit lähmte Handel und Wandel.

Und was die Umstellung unserer Wirtschaft anlangt, die nach dem

ersten Weltkrieg so sehr zu schaffen machte: Waren nicht auch starke Herzen und große Tatkraft nötig, um die während der deutschen Besetzung für einen wirtschaftlichen Großraum gebauten oder begonnenen Industrieanlagen sinnvoll in die österreichische Wirtschaft einzufügen? Denken wir an die Torsi der VOEST, die erst nach 1945 durch umfangreiche komplementäre Investitionen zu einem vielseitigen und leistungsfähigen Industriekomplex weiterentwickelt wurden, oder an das Aluminiumwerk Ranshofen, für das erst 1 Mrd. kWh elektrischer Strom bereitgestellt werden mußte, oder an Kaprun, wo bei Kriegsende erst die untere Talstufe fertig war und erst nach 1945 eines der imponierendsten Wasserkraftwerke Europas entstand, oder denken wir an die Zellwolle von Lenzing, die von den Deutschen als Ersatzstoff gedacht war und erst später zu einem vollwertigen Produkt mit spezifischen Eigenschaften entwickelt wurde. Zugegeben, wir haben auch Glück gehabt. Unsere Eisen- und Stahlleute wären wohl in arge Nöte gekommen, wenn sie nicht so sehr von der Weltkonjunktur begünstigt worden wären, die ihre großzügigen Investitionen im nachhinein rechtfertigte und finanzieren half. Aber wir haben das Glück eben beim Schopf gepackt, im Vertrauen auf unsere Kraft und auf unseren guten Stern.

In vielen Fällen haben wir aus der Not eine Tugend gemacht. Das drakonische Regime der Sowjets in ihrer Besatzungszone und die ungleich mildere, teilweise sogar freundschaftliche Form der Besetzung in den westlichen und südlichen Bundesländern hat in den vergangenen 10 Jahren tiefgehende *strukturelle Umschichtungen* begünstigt, die im Ergebnis wohltätig waren und unsere Volkswirtschaft kräftigten. Die zahlreichen Flüchtlinge, die nach 1945 in unser Land kamen, haben sich begreiflicherweise nicht im sowjetischen Herrschaftsbereich niedergelassen, sondern in den westlichen und südlichen Bundesländern eine neue Heimat gesucht. So ist es zu erklären, daß die Zahl der Bevölkerung zwischen den beiden Volkszählungen, zwischen 1934 und 1951, in Ostösterreich um 11% (in Wien allein um 15%) abnahm und in den westlichen Bundesländern durchschnittlich um 18% (in Salzburg und Vorarlberg sogar um 33% und 25%) zunahm. Aber nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das geistige und kulturelle Leben hat in den Bundesländern in den letzten 10 Jahren einen mächtigen Auf-

schwung genommen. Reich beschickte Wirtschaftsmessen und glanzvolle Festspiele in den Bundesländern zeugen davon. Gleichzeitig aber gibt es Tausende und aber Tausende Beweise, daß auch der Lebensmut und die Lebenskraft unserer Bevölkerung in den sowjetisch besetzten Bundesländern und in Wien nicht gebrochen wurden. *Wien ist längst nicht mehr der „Wasserkopf“ Österreichs, sondern das Herz unseres Landes*, das in allen seinen Teilen und in seiner Struktur heute ungleich lebenskräftiger ist als in der Zeit zwischen 1918 und 1938

Der große Unterschied zwischen der Ersten und der Zweiten österreichischen Republik liegt aber nicht in erster Linie im objektiv Meßbaren und Materiellen, sondern im Menschlich-Geistigen. Die Erste Republik scheiterte im Grunde daran, daß die Menschen nicht an die Lebensfähigkeit ihres Landes glaubten und ihre besten Kräfte im latenten und offenen Bürgerkrieg vergeudeten. Das Geheimnis des bisherigen Erfolges der Zweiten Republik liegt in der wunderbaren Läuterung und Wandlung der Geister und Seelen des österreichischen Volkes. Das unermessliche Leid des Krieges und die gemeinsam erlebte Not in den Konzentrationslagern hat soziale Schichten und Menschen nähergebracht, die sich in der Ersten Republik im Bürgerkrieg feindlich gegenübergestanden waren. In der harten Schule des Lebens sind die alten Ideologien verblaßt. Wir sind toleranter geworden und haben den Wert verständnisvoller Zusammenarbeit entdeckt. Vielleicht ist es nützlich, in dem Augenblick, wo das Joch der Unfreiheit von uns genommen wurde und wir wieder unser Haus selbstverantwortlich bestellen können, vielleicht ist es gerade in der gegenwärtigen kritischen Preis-Lohn-Situation, die durch das Vorprellen von Preisen und Löhnen in den konjunkturbegünstigten Zweigen heraufbeschworen wurde, erforderlich, an die tieferen Gründe des Aufstieges unseres Vaterlandes aus größter Not zu erinnern.

Auswirkungen des österreichischen Staatsvertrages

Erlauben Sie mir, bitte, bevor ich auf die langfristigen Aspekte unserer Wirtschaft eingehe, ein paar Worte über die wirtschaftliche Bedeutung des österreichischen Staatsvertrages.

Bekanntlich ist Österreich verpflichtet, als Ablöse für das „Deutsche Eigentum“ in der ehemals sowjetisch besetzten Zone 6 Jahre lang jährlich Waren im Werte von 650 Mill. S und durch 10 Jahre jährlich 1 Mill. t Erdöl zu liefern. (Auf die weiteren wirtschaftlichen Bestimmungen des Staatsvertrages möchte ich in meiner längerfristigen Betrachtung nicht eingehen.) Österreich muß also in den nächsten 6 Jahren von seinem Sozialprodukt Waren (einschließlich Erdöl) im Werte von jährlich rund 1 2 Mrd. S. und weitere 4 Jahre jährlich rund 500 Mill. S ohne Gegenleistung abzugeben.

Auf der anderen Seite hörte mit dem Staatsvertrag der bisher illegale Osthandel und Kapitaltransfer der Sowjetunion auf. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung versucht gegenwärtig auf Grund der österreichischen Eisenbahnstatistik, der jugoslawischen Schifffahrtsstatistik und nach Aufzeichnungen der österreichischen Grenzposten, den bisher nicht erfaßten österreichisch-sowjetischen Handels- und Zahlungsverkehr zu rekonstruieren. (Ich kann hier auf die Methoden der Untersuchung nicht näher eingehen, das Institut wird seine Arbeit in Kürze als „Beilage“ zu den Monatsberichten veröffentlichen.)

Bei Auswertung aller verfügbaren Unterlagen kommt das Institut zu dem interessanten Ergebnis, daß das sowjetische Besatzungselement im Jahre 1954 unkontrolliert österreichische Waren (einschließlich Erdöl) im Werte von 130 Mill. \$ in die Sowjetunion und in die Ostblockstaaten ausführte und gleichzeitig aus diesen Gebieten Waren im Werte von rund 50 Mill. \$ nach Österreich einfuhrte. Weiters hat die Sowjetunion im Jahre 1954 (gegen Westdevisen von der Nationalbank) österreichische Schillinge gekauft, die sie teils für ihre Besatzungstruppen, teils aber (das Institut nimmt 15 Mill. \$ an) zur Deckung der im Inland auflaufenden Kosten der USIA- und SMV-Betriebe (für Löhne, Gehälter, Vorprodukte) verwendete.

Daraus ergibt sich, daß der *Gewinntransfer der Sowjetunion* im Jahre 1954 etwa 65 Mill. \$ oder 1 7 Mrd. S ausgemacht haben dürfte. Dieser Betrag ist also erheblich höher, als die Ablöselieferungen auf Grund des Staatsvertrages (1 2 Mrd. S). Höchstwahrscheinlich war der Gewinntransfer in anderen Jahren nicht so hoch. Die Sowjets müssen in den vergangenen Jahren in größerem Umfang Kapital (Investi-

tionsgüter) für die Erschließung der Erdölfelder investiert haben, sonst hätten sie im Jahre 1954 nicht so reiche Gewinne erzielen können. Im übrigen kann der relativ hohe Kapital- bzw. Gewinntransfer der Sowjets damit erklärt werden, daß die sowjetische Besatzungsmacht aus den USIA-Betrieben und aus den beschlagnahmten land- und forstwirtschaftlichen Gütern herausholte, was herauszuholen war, daß sie nur zum Teil Steuern bezahlte, und vor allem, daß sie, wenn man von Teilen der Erdölwirtschaft absieht, nur die unbedingt notwendigen Investitionen und in vielen Fällen nicht einmal die selbstverständlichen Ersatzinvestitionen vornahm.

Zu welchem Ergebnis kommen wir also: Auf der *einen* Seite werden die Ablöselieferungen Österreichs an die Sowjetunion in Höhe von jährlich 1 2 Mrd. S wahrscheinlich sogar etwas niedriger sein als der bisherige illegale Kapitaltransfer der sowjetischen Besatzungsmacht; auf der *anderen* Seite muß Österreich für den laufenden Investitionsbedarf der ehemaligen USIA-Betriebe, der bisher vielfach vernachlässigt wurde, jährlich etwa 500 Mill. S und für den Nachholbedarf dieser Betriebe, vielleicht in den nächsten 5 Jahren, jährlich etwa 400 Mill. S aufbringen.

Die österreichische *Zahlungsbilanz* wird durch den Staatsvertrag insofern nachteilig beeinflusst, daß die in Devisen geleisteten Beiträge der Besatzungsmächte nunmehr entfallen (jährlich rund 50 Mill. \$). Andererseits kann angenommen werden, daß sich künftig die östlichen Bundesländer, insbesondere Wien, eines stärkeren Zustroms von ausländischen Gästen erfreuen werden. Der Zuwachs an Devisen aus dieser Quelle wird vielleicht 15 Mill. \$ betragen. (Ich möchte mich hier mit den weiteren wirtschaftlichen Auswirkungen des Staatsvertrages, insbesondere mit den Möglichkeiten einer Ausweitung des kommerziellen Handels, nicht befassen. Für die Zahlungsbilanz ist diese Auswirkung irrelevant, da sich Exporte und Importe im Handelsverkehr mit den Oststaaten annähernd die Waage halten.)

Die Lasten für die Aufstellung und Unterhaltung eines *Heeres* zur Sicherung der im Staatsvertrag freiwillig übernommenen Neutralität werde ich in einem anderen Zusammenhang noch beleuchten

Künftige Entwicklung des Sozialproduktes

So wichtig der Staatsvertrag staatspolitisch und wirtschaftlich für die Zukunft unseres Landes ist, so bildet er in einer langfristigen Betrachtung doch nur einen, wenn auch wichtigen, Teilaspekt. Von viel allgemeinerer Bedeutung als die wirtschaftlichen Auswirkungen des Staatsvertrages ist die Frage, *in welchem Tempo das österreichische Sozialprodukt künftig wachsen wird*. Denn davon hängt am Ende ab, in welchem Umfang die verschiedenen Ansprüche des privaten und öffentlichen Konsums sowie der privaten und öffentlichen Investitionen befriedigt werden können.

Das Sozialprodukt (Gesamtheit der produzierten Güter und Dienstleistungen) je Kopf der Bevölkerung wuchs in Österreich in den Jahren 1948 bis 1954 durchschnittlich um nicht weniger als 9%. In Westdeutschland sogar um 9'6%. In den Jahren 1954 und 1955 ist das österreichische Sozialprodukt sogar um je 10% gewachsen. Eine so hohe Zuwachsrate ist völlig abnormal und nur unter besonderen Voraussetzungen und nur einige Zeit hindurch möglich. Österreich und Westdeutschland hatten infolge des Krieges einen ungeheuren Nachholbedarf an Bedarfsgütern und Investitionen und begannen nach Kriegsende von einem sehr niedrigen Niveau aus aufzubauen.

Vergleichsweise betrug die Wachstumsrate des Sozialproduktes in den Vereinigten Staaten von Amerika, mit ihrer doch äußerst dynamischen Wirtschaft, in den Jahren 1948 bis 1954 durchschnittlich nur 4'4% (pro Kopf der Bevölkerung 2'7%), in Großbritannien 2'4% (2'1%) und in der Schweiz, wiewohl die Schweiz eine qualifizierte Vollbeschäftigung hatte, nur 2'7% (1'4%).

Auch das österreichische Sozialprodukt wird in den kommenden Jahren aus verschiedenen Gründen viel langsamer als bisher wachsen, wir werden die größten Anstrengungen machen und zufrieden sein müssen, wenn unser Sozialprodukt auf längere Sicht jährlich durchschnittlich um 3% wächst. Diese keineswegs pessimistische Prognose stützt sich auf folgende Überlegungen:

1. Unser *Arbeitskräftepotential* ist kaum noch ausdehnungsfähig. Auf Grund der bisherigen Bevölkerungsentwicklung wird die Zahl der

Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren, also die erwerbsfähigen Jahrgänge, in den nächsten 10 Jahren (bis 1965) zwar noch um etwa 41.000 Personen wachsen, im folgenden Jahrzehnt (1965 bis 1975) aber wird diese für die Wirtschaft ausschlaggebende Altersgruppe bereits um 161.000 Personen abnehmen. In den nächsten 20 Jahren (1955 bis 1975) wird auch die Zahl der *Jugendlichen* von 14 bis 18 Jahren, die teilweise noch in Schulausbildung sind, teilweise aber bereits als Hilfskräfte der Wirtschaft zur Verfügung stehen, um 105.000 schrumpfen, während gleichzeitig die Zahl der Menschen über 65 Jahre, die mehr und mehr in den Genuß der beachtlichen Pensionen des neuen ASVG kommen werden, um rund 250.000 wachsen wird. Sicherlich ist die langfristige Entwicklungslinie einer Bevölkerung kein unentrinnbares Schicksal und erfahrungsgemäß kann durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und massenpsychologische Beeinflussung eine Tendenzumkehr in der Geburtenentwicklung erreicht werden. Aber selbst wenn in dieser Richtung schon in den nächsten Jahren ein Erfolg erzielt werden könnte, würde sich diese Entwicklung erst in etwa 20 Jahren auf die Zahl der Erwerbsfähigen auszuwirken beginnen.

Zu dieser ungünstigen Altersstruktur kommt, daß durch die *Aufstellung eines Heeres* jährlich voraussichtlich 30.000 bis 40.000 arbeitsfähige Menschen aus dem Arbeitsprozeß gezogen werden und die Heeresverwaltung selbst einen ansehnlichen Personalstand haben wird.

Wohl besitzen wir noch einige *Arbeitskraftreserven*. Durch verschiedene aufeinander abgestimmte Maßnahmen wäre es möglich, die übermäßig scharfen *Saisonspitzen* in einzelnen Wirtschaftszweigen, insbesondere die nach wie vor hohe Winterarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft zu glätten und damit das vorhandene Arbeitskräftepotential besser auszunutzen. Und ebenso könnten durch eine vernünftige *Verwaltungsreform*, die in der Hochkonjunktur anscheinend ganz in Vergessenheit geraten ist, einige zehntausend Arbeitskräfte für die gewerbliche Wirtschaft freigemacht werden. (Das Budget 1956 sieht bekanntlich eine Erhöhung der Personalstände um 25.000 vor. Wahrscheinlich werden diese zusätzlichen Arbeitskräfte wirklich gebraucht, ungefähr die Hälfte entfällt auf die neue Heeresverwaltung. Aber wahrscheinlich

könnten gleichzeitig doppelt so viel oder mehr andere öffentlich Bedienstete in die gewerbliche Wirtschaft umgeschichtet werden.)

Im ganzen jedoch müssen wir uns damit abfinden, daß wir die Zahl der Beschäftigten in den nächsten Jahrzehnten nicht nennenswert werden erhöhen können, da wir praktisch bereits einen Zustand der Vollbeschäftigung erreicht haben.

2. Wir müssen in Betracht ziehen, daß unser Land kaum noch rationell *kultivierbare Böden* besitzt, die unseren Lebensraum erweitern und unser Sozialprodukt steigern könnten. Das gleiche gilt auch für unsere *Bodenschätze*. Eine weitere Forcierung der Holzschlägerungen wäre Raubbau. Wir stoßen sowohl im Kohlen- und Erzbergbau, als auch in der Gewinnung von Magnesit, Kupfer und Blei wahrscheinlich bereits an eine optimale Grenze. Nur der weitere Ausbau unserer Wasserkräfte und die Erschließung neuer Erdölfelder und Erdgasvorkommen wird unsere Lebensgrundlagen fühlbar erweitern.

Auf Grund dieser Überlegungen glaube ich, daß die jährliche Zuwachsrate des Sozialproduktes in Österreich langfristig kaum höher als 3% sein wird. (In Jahren der Hochkonjunktur mag sie höher, in Jahren konjunktureller Abschwächung wird sie niedriger sein.) Der österreichischen Volkswirtschaft mit einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung kommt allerdings zustatten, daß sie ihre ganzen Überschüsse für eine stationäre Bevölkerungszahl verwenden kann und nicht, wie Volkswirtschaften mit rasch wachsender Bevölkerung, genötigt ist, mehr oder minder große Teile des Sozialproduktes für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und für die Heranbildung einer wachsenden Zahl Jugendlicher auszugeben. Österreich ist es daher „dank“ seiner stagnierenden Bevölkerung relativ leichter als anderen Ländern möglich, das Realeinkommen *pro Kopf* zu steigern.

Resümieren wir noch einmal kurz unseren Gedankengang: Da wir also weder mit einer Vermehrung unserer Arbeitskräfte, noch mit einer Ausweitung unserer Kulturfächen und, von Ausnahmen abgesehen, mit einer Erschließung neuer Bodenschätze rechnen können, müssen wir, um ein kontinuierliches Wachsen unseres Sozialproduktes von auch nur 3% jährlich zu erreichen, unsere Hoffnungen und Anstrengungen vor allem auf eine *Steigerung der Produktivität unserer Volkswirtschaft* richten

Produktivitätssteigerung und Expansionsmöglichkeiten*)

Oftmals wird, wenn von Produktivitätssteigerung die Rede ist, nur an die technische und betriebswirtschaftliche Seite des Problems gedacht und vergessen, daß es am Ende auf eine Steigerung der *volkswirtschaftlichen* Produktivität ankommt. Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, Voraussetzungen zu schaffen, damit sich die Bemühungen um eine Steigerung der Produktivität im einzelnen in einer Befruchtung und Stärkung der *gesamten* Volkswirtschaft auswirken können. Ich kann hier nur einige wichtige wirtschaftspolitische Aufgaben im Dienste der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung und der Verbesserung des Lebensstandards erwähnen: Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und hoher Beschäftigung, Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen, Erschließung von Kapitalquellen für die Finanzierung von Investitionen, Förderung und Durchsetzung des Leistungswettbewerbes in der privaten und öffentlichen Wirtschaft, Ermutigung der unternehmerischen Initiative, Auslese und Förderung von Begabten, Erziehung und Schulung von Fachkräften, Unterstützung der technischen Zweckforschung und Nutzbarmachung der internationalen Grundlagenforschung, die sich unser kleines Land vielfach nicht leisten kann. Von der Erfüllung dieser volkswirtschaftlichen Aufgaben hängt entscheidend die Steigerung der Produktivität und das Wachsen des Sozialproduktes ab.

Für die künftige Entwicklung ist auch nicht zu übersehen, daß die *Möglichkeiten für eine Expansion und für Produktivitätssteigerungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr verschieden sind*. Wenn wir die Volkswirtschaft grob in drei große Bereiche gliedern: in Urproduktion (einschließlich Landwirtschaft), in verarbeitende Produktion und in Dienstleistungsgewerbe, dann ergibt sich, daß sich rasche Produktivitätsfortschritte im allgemeinen nur im Bereiche der verarbeitenden Produktion erzielen lassen. In der Urproduktion stehen einem raschen Steigen der Produktion teils natürliche Hindernisse im Wege, teils müssen Fortschritte mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Kapital erkaufte werden. Auch in den Dienstleistungsgewerben, die in

*) Dieser Abschnitt konnte im Vortrage nicht ausgeführt werden

allen höher entwickelten Volkswirtschaften (auch in Österreich) ständig an Bedeutung gewinnen, erfolgen Produktivitätsfortschritte, die für die Größe des Sozialproduktes ins Gewicht fallen, im allgemeinen nur sehr langsam

Das Schwergewicht der Bemühungen um eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität muß daher notwendigerweise in den *verarbeitenden* Wirtschaftszweigen liegen. Dabei fällt der *Industrie* eine besonders wichtige Rolle zu, denn sie ist in erster Linie Träger des Produktivitätsfortschrittes. Von ihrer Leistungsfähigkeit und Dynamik hängt vor allem das Wachstumstempo einer Volkswirtschaft ab. (Mit dieser Feststellung möchte ich die Wichtigkeit produktivitätsfördernder Maßnahmen in den übrigen Wirtschaftszweigen nicht verkleinern. Sowohl im Gewerbe und Handel als insbesondere auch im Bereiche der öffentlichen Verwaltung gibt es noch großen Spielraum und zahlreiche Möglichkeiten für Produktivitätssteigerungen.)

Im folgenden möchte ich kurz die Expansionsmöglichkeiten in einigen wichtigen Zweigen der österreichischen Wirtschaft streifen:

Land- und Forstwirtschaft

Die Erzeugung von Nahrungsmitteln hat in den letzten Jahrzehnten in der ganzen Welt große Fortschritte gemacht. Es kann damit gerechnet werden, daß auch in Österreich die landwirtschaftliche Produktion künftig — von Witterungsunbilden abgesehen — jährlich um 1 bis 2% steigen wird, und es ist nicht unrealistisch anzunehmen, daß Österreich in absehbarer Zeit seinen Nahrungsmittelbedarf zu 90 bis 95% aus eigener Produktion decken können. Durch die fortschreitende Mechanisierung wird ein Teil der tierischen Zugkräfte entbehrlich und Kulturf Flächen, die bisher der Futterproduktion dienten, werden für die Marktproduktion von Nahrungsmitteln frei werden. Durch Verbesserung der Betriebsführungen, Kommassierungen, Ent- und Bewässerungen, Schädlingsbekämpfung, besseres Saatgut und verstärkte Verwendung von Kunstdünger werden sowohl höhere Mengenerträge, als auch bessere Qualitäten erzielt werden können. Die Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in Industrie und Gewerbe wird diese Entwicklung nur verzögern, nicht verhindern. Im übrigen werden die auf

die Dauer unvermeidlichen Anpassungen der Löhne der Landarbeiter an die der Industriearbeiter und Verbesserungen der sozialen und kulturellen Verhältnisse im Dorfe die „Landflucht“ von selbst eindämmen

Österreich besitzt in seinen ausgedehnten Wäldern einen großen Schatz, der allerdings gehegt und gepflegt werden muß. Die *Forstwirtschaft* wird übermäßige Schlägerungen vermeiden und einer stärkeren Durchforstung und einer rationelleren Holznutzung ihr Augenmerk zuwenden müssen. Die moderne Technik erlaubt heute, auch minderwertige Hölzer und bisher fast wertlose Holzabfälle zu begehrten Werkstoffen zu verarbeiten, die mit den modernen Kunststoffen und Leichtmetallen durchaus konkurrieren können

Energiewirtschaft und Industrie

Energiewirtschaft und Industrie waren nach 1945 die am stärksten sich ausweitenden Zweige unserer Wirtschaft. Ihr Anteil am rasch wachsenden Sozialprodukt ist von 28·2% im Jahre 1937 auf 36·3% im Jahre 1954 gestiegen. Die Industrie produziert heute (einschließlich der USIA-Betriebe) ungefähr zweieinhalbmals, die Elektrizitätswirtschaft mehr als viermal so viel wie im Jahre 1937. Die Industrie hat in den letzten 10 Jahren für Hunderttausende Dauerarbeitsplätze geschaffen, ihrer starken Expansion ist in erster Linie die hohe Zuwachsrate des Sozialproduktes in den vergangenen Jahren zu danken. Es ist daher naheliegend, wenigstens in großen Zügen, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Energiewirtschaft und der Industrie zu skizzieren.

Die Entfaltung der *Energiewirtschaft* wird sehr davon abhängen, ob künftig in stärkerem Maße energieintensive Zweige, wie die Aluminiumindustrie oder die Hüttenindustrie (hier könnte auch eine stärkere Umstellung auf Elektro-Niederschachtöfen eine Rolle spielen), entwickelt werden, oder Zweige, die verhältnismäßig wenig Energie verbrauchen. Auf jeden Fall ist mit einer steigenden Tendenz des Energieverbrauches zu rechnen, wobei der Bedarf an elektrischem Strom und Erdöl voraussichtlich stärker wachsen wird als der an Kohle, die durch die Umschichtung der Nachfrage auf Strom, Erdöl und Gas und in weiterer Folge auch durch Verwendung von Atomkraft, relativ an Bedeutung einbüßen wird. Für diese Entwicklungstendenz sprechen

einige Faktoren: Österreich verfügt noch über viele unausgenützte Wasserkräfte und voraussichtlich auch auf Jahrzehnte hinaus über ergiebige Erdölquellen, aber nur über relativ kleine oder wenig ergiebige Kohlenvorräte. Die zunehmende Verknappung an Kohle könnte durch Atomenergie wettgemacht werden.

Die meisten österreichischen *Grundstoffindustrien* (Schwerindustrie, Magnesit, Aluminium, einige chemische Grundstoffe wie Stickstoff, Soda, Karbid, Zellwolle u. a.) produzieren mehr, als sie im Inland absetzen können. Selbst bei stark steigender Inlandsnachfrage blieben sie noch in hohem Maße vom Export abhängig. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die in der Regel stark kapitalintensiven Grundstoffindustrien in Zukunft größere Erweiterungsinvestitionen vornehmen werden. Dagegen werden im Zuge des technischen Fortschrittes ständig Modernisierungen und, wie z. B. in der Eisen- und Stahlindustrie, auch noch komplementäre Investitionen erforderlich sein.

Die typischen *Investitionsgüterindustrien* (Maschinen- und Elektroindustrie, Fahrzeugbau) blicken auf eine stürmische Entwicklung zurück und können auch in Zukunft mit einer weiteren Expansion rechnen. Selbst wenn die Quote der Neuinvestitionen zurückgehen sollte, wird der infolge der fortgeschrittenen Technisierung gewachsene Ersatzbedarf laufend große Aufträge sichern. Ähnlich wie die Grundstoffindustrien werden auch die Investitionsgüterindustrien in einer sich fort-schreitend industrialisierenden Welt günstige Exportchancen finden.

Auch für die Industrien, die *dauerhafte Konsumgüter* erzeugen, stehen die Chancen günstig. Mit steigendem Lebensstandard verfügen die Menschen über Einkommensteile, die sie nicht mehr für unmittelbar lebensnotwendige Güter (Nahrung und Bekleidung) ausgeben müssen, sondern für technische Konsumgüter verwenden. Diese Tendenz zeigt sich in allen Ländern mit höherem Lebensstandard und wird sich künftig auch in Österreich stärker geltend machen.

Weniger günstig sind die Aussichten für die *traditionellen Konsumgüterindustrien*. Obwohl sich auch hier durch Änderung der Verbrauchsgewohnheiten, durch Fortschritte in der Erzeugung, Veredlung und Darbietung hochwertiger Produkte (besonders bei Nahrungs-

und Genußmitteln gibt es noch viele Möglichkeiten) und vom Modischen her immer wieder Sonderkonstellationen ergeben, werden die alteingesessenen Konsumgüterindustrien im ganzen doch vom steigenden Lebensstandard der Bevölkerung nur verhältnismäßig wenig profitieren. Wie schon in den letzten Jahren, wird es für sie auch schwierig sein, ihre Exporte zu steigern. Besonders die Textilindustrie und der Textilhändler werden unter der fortschreitenden Schrumpfung der Exportmärkte leiden, da sich die meisten Länder, die früher einmal in großem Umfang Textilien importierten, eigene Industrien aufgebaut haben oder noch aufbauen. Wie überall wird es aber auch hier immer wieder Ausnahmen geben, wie die seit Jahren glänzenden Exporterfolge der österreichischen Stickerei-, Strick- und Wirkwarenindustrie beweisen.

Verschiebungen in der Verwendung des Sozialproduktes

Die Abnahme der jährlichen Zuwachsrates des Sozialproduktes hat schwerwiegende Konsequenzen. Solange das Sozialprodukt jährlich um 9 oder 10% steigt, ist es verhältnismäßig leicht, die wachsenden Ansprüche auf einen höheren Lebensstandard zu befriedigen und gleichzeitig in hohem Umfang zu investieren, neue Produktionsstätten zu errichten, leistungsfähigere Maschinen einzustellen, moderne Verkehrsanlagen, Straßen und Wohnungen zu bauen und die Verwaltungsreform auf die lange Bank zu schieben.

Wenn das Sozialprodukt jährlich so stark wächst wie in den vergangenen Jahren, ist es auch leichter, *Preis-Lohn-Stabilität* zu bewahren, weil Lohnerhöhungen durch den Produktivitätsfortschritt kompensiert werden. Auch das Problem der Einkommensverteilung erscheint nicht so wichtig, solange es *für alle sozialen Schichten fühlbar aufwärts* geht. Da gilt mehr oder minder stillschweigend die Devise „leben und leben lassen“. Wenn aber das jährliche Sozialprodukt nur noch um wenige Prozent wächst (oder vorübergehend gar stagniert), eine Perspektive, mit der wir uns langsam vertraut machen müssen, wenn die Ausdehnung des privaten und öffentlichen Konsums nur noch durch Kürzung der Investitionen oder umgekehrt möglich ist, wenn einzelne soziale Schichten nur noch auf Kosten anderer Schichten ein größeres Stück

vom Sozialprodukt-Kuchen abgeschnitten bekommen können, dann verschärfen sich die sozialen und politischen Spannungen. Dann wird es auch schwieriger, die Stabilität der Wirtschaft zu sichern.

Vielleicht ist die gegenwärtige Zuspitzung des Preis-Lohn-Konfliktes bereits gegen diesen Hintergrund zu betrachten. Ohne daß es uns noch recht zum Bewußtsein gekommen ist, sind wir bereits in ein Entwicklungsstadium eingetreten, in dem die Produktion nur noch langsam und die Produktivität kaum noch wächst. Sicherlich hat die augenblickliche Verschlechterung des „Preisklimas“ auch noch andere Ursachen. Hinter den aktuellen Ereignissen werden aber bereits längerfristige Probleme sichtbar.

Wir müssen uns klarmachen, daß *in der Verwendung unseres Sozialproduktes größere Verschiebungen bevorstehen*. Die Aufstellung eines Heeres und die grundsätzlich bereits zugesagte Valorisierung der Gehälter und Pensionen der öffentlichen Bediensteten wird den *Anteil des öffentlichen Konsums* am Sozialprodukt in wenigen Jahren sprunghaft erhöhen. Im Budget 1956 ist für das Heer (einschließlich Bundesgebäudeverwaltung II) nur ein verhältnismäßig bescheidener Betrag vorgesehen: 586 Mill. S. Das sind nur um 313 Mill. S mehr, als schon im Budget 1955 für ähnliche Zwecke reserviert wurde. Für die Valorisierung der Beamtenbezüge ist vorläufig im Budget 1956 nur für die Pensionisten ein Betrag von 290 Mill. S angesetzt. Die im Budget 1956 für Heer und Beamtenbezüge vorgesehenen Beträge sind also verhältnismäßig bescheiden.

Aber bereits in wenigen Jahren werden wir für den öffentlichen Konsum viel höhere Beträge widmen müssen. Auch wenn wir keineswegs beabsichtigen, eine großartige Wehrmacht aufzubauen und nur auf den Schutz unserer Grenzen gegen lokale Übergriffe bedacht sein wollen, werden wir in Zukunft für unser Heer jährlich mindestens 2 Mrd. S ausgeben müssen. Das ist weniger als die Hälfte des Verteidigungsaufwandes der Schweiz, die nur halb so groß ist wie Österreich und bereits über eine starke Landesverteidigung verfügt. Die Valorisierung der Gehälter und Pensionen der Beamten vom derzeitigen Koeffizienten von 47 auf 6 wird größenordnungsmäßig 25 Mrd. S erfordern. In wenigen Jahren (die Beamten wollen ihre Gehaltsforderungen sogar schon im

Jahre 1956 durchsetzen!) wird daher der öffentliche Konsum allein infolge Aufstellung eines Heeres und Valorisierung der Beamtenbezüge um annähernd 4 Mrd. S steigen. Das sind 4% des Bruttosozialproduktes 1955! Wir dürfen diese Entwicklung nicht als abnormal betrachten. Andere Länder geben schon längst einen erheblich größeren Teil ihres Sozialproduktes für den öffentlichen Konsum (der u. a. die Ausgaben für Landesverteidigung einschließt) aus als Österreich: Westdeutschland und Schweden je 17%, England 18%, die USA 19%, Österreich bisher aber nur 11% des Sozialproduktes. Die vierfache Besetzung Österreichs hatte, so drückend und demütigend wir sie auch empfanden, auch gute Seiten, besonders seit wir nicht mehr Besatzungskosten bezahlen mußten, sondern Besatzungskostenbeiträge in Devisen erhielten.

Im übrigen möchte ich mit meinem Hinweis, daß der öffentliche Konsum in Österreich bisher nur 11%, in den oben erwähnten Ländern aber 17% bis 19% betragen habe, nicht den Eindruck erwecken, als ob die Steuern in Österreich besonders niedrig seien. Der öffentliche Konsum darf nicht mit den öffentlichen Ausgaben des Staates, die im wesentlichen durch Steuern gedeckt werden müssen, verwechselt werden. Die öffentlichen Ausgaben des Staates für Gehälter und Pensionen der Beamten, für Sozialversicherung, Preisstützungen, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Investitionen sind in Österreich größenordnungsmäßig etwa dreimal so groß wie der „öffentliche Konsum“ im Sinne der Volkseinkommensstatistik.

Die unvermeidlich starke Ausweitung des öffentlichen Konsums kann, da das Sozialprodukt künftig aus triftigen Gründen nur noch verhältnismäßig langsam wachsen wird, praktisch nur *auf Kosten des privaten Konsums oder der Investitionen* gehen.

Auf den *privaten Konsum* entfällt der weitaus größte Teil des Sozialproduktes. Im Durchschnitt der Jahre 1948 bis 1954 waren es in Österreich 69%. (Im Jahre 1937 waren es sogar 77%.) Nach allen Erfahrungen im Inlande und in den westlichen Ländern wächst der private Konsum in normalen Zeiten, wenn er nicht durch Bewirtschaftungsmaßnahmen künstlich gedrosselt wird, etwa in gleichem Ausmaße wie das Sozialprodukt, d. h. der Anteil des privaten Konsums am

wachsenden oder sinkenden Sozialprodukt bleibt ziemlich konstant. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß die österreichische Bevölkerung künftig auf ihren Anteil am ohnehin nur langsam wachsenden Sozialprodukt verzichten wird.

Es bleibt also nur eine *Kürzung der Investitionen*. Das braucht uns, wie ich gleich zeigen werde, noch nicht zu beunruhigen.

Österreich hat in den Jahren 1948 bis 1954 durchschnittlich mehr als 18% seines Sozialproduktes investiert. (Im Jahre 1954 waren es fast 22%, heuer werden es kaum weniger sein.) Eine ähnlich hohe Investitionsrate gibt es nur in Westdeutschland. In anderen Ländern ist sie viel niedriger. Die gewiß sehr dynamische Wirtschaft der Vereinigten Staaten hat in den Nachkriegsjahren eine durchschnittliche Investitionsrate von 16%, England eine von 13%. (Die Prozentsätze sind vielleicht nicht ganz vergleichbar, da die „Investitionsrate“ in den einzelnen Ländern etwas verschieden definiert wird.) Ihre abnormale Höhe in Österreich und Westdeutschland hängt zweifellos mit der Behebung der umfangreichen Kriegsschäden zusammen. Es ist vorauszusehen, daß beide Länder nach Vollendung ihres Wiederaufbaues einen erheblich kleineren Teil ihres Sozialproduktes für Investitionen widmen müssen. Im großen und ganzen ist in Österreich die Periode des Wiederaufbaues abgeschlossen und wir haben es nicht nötig, und es wäre auch ökonomisch nicht sinnvoll, künftig in gleichem Umfange wie bisher zu investieren.

Das gilt vor allem für bestimmte *bauliche* Investitionen. Daß im Durchschnitt der Jahre 1948 bis 1954 nicht weniger als 52% der Bruttoinvestitionen auf bauliche Investitionen entfielen und nur 48% auf maschinelle, ist ganz ungewöhnlich und ergab sich daraus, daß in größerem Umfange bauliche Kriegsschäden zu beheben waren (Im Jahre 1937 entfielen in Österreich 60% auf maschinelle Investitionen und nur 40% auf bauliche Investitionen.) Zweifellos wird auch in den kommenden Jahren ein starker Bedarf an Bauleistungen bestehen: an Kraftwerken, Straßen, Brücken, aber auch an Wohnungen. Der Wunsch der Menschen nach schöneren und gesünderen Wohnungen ist verständlich. Wir können jedoch feststellen, daß am 1. Jänner 1955 das

quantitative Wohnungsdefizit in Österreich nur noch 109.000 Wohnungen betrug. Da im Jahre 1955 rund 50.000 Wohnungen gebaut werden, wird das quantitative Wohnungsdefizit in längstens 2 Jahren beseitigt sein. Damit aber ist die Zeit herangereift, unsere ganze Wohnungswirtschaft, die durch die besonderen Nachkriegsverhältnisse bedingt war, inzwischen aber höchst unsoziale, ungerechte und unwirtschaftliche Konsequenzen zeitigte, grundlegend zu revidieren. Schon eine vernünftige Gestaltung der Mietzinse, ein Problem, das bereits in der Luft liegt und nur im Augenblick nicht in die Diskussion geworfen werden soll, würde dazu führen, den vorhandenen Wohnraum viel rationeller als bisher auszunützen. Allein durch die Auflockerung des Wohnungsmarktes würden zahlreiche lang gehegte Wohnungswünsche, die bisher unerfüllbar schienen, befriedigt werden können.

Der Hinweis, daß in absehbarer Zeit der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt, insbesondere die baulichen Investitionen, geschmälert werden muß, widerspricht nicht der oben betonten Forderung, daß wir auch in Zukunft alle Anstrengungen machen müssen, unseren *technischen Produktionsapparat weiter zu verbessern*. Österreich gehört zu den am meisten weltmarktverflochtenen Ländern der Erde, es ist für unser Land eine Lebensfrage, mit der technologischen Entwicklung unserer Zeit und mit unseren Konkurrenten auf den Weltmärkten Schritt zu halten.

Ich bin mit diesen Ausführungen bereits mitten in die Erörterung wichtiger *Probleme* geraten, die ich mit für den Schluß meines Vortrages aufsparte. Ich muß mich auf Weniges und Grundsätzliches beschränken, da ich Ihre Geduld bereits zu lange in Anspruch genommen habe.

Längerfristige Hauptprobleme

Exportieren und Investieren

Als erstes möchte ich auf die *Notwendigkeit einer verstärkten Exporttätigkeit und auf den engen Zusammenhang zwischen Exportieren und Investieren* hinweisen.

Österreich hat in den vergangenen Jahren eine erstaunliche Exportkraft entwickelt. Das Volumen seiner Ausfuhrten ist gegenwärtig an-

nähernd doppelt so hoch wie vor dem Kriege, von 1953 bis 1955 stiegen die Exporte um über 30%, obwohl die virulente Binnenkonjunktur in wachsendem Maße exportfähige Güter an sich zog. Trotz diesen Erfolgen steht die wirkliche Bewährungsprobe für die österreichischen Exportindustrien erst bevor. Fast die Hälfte der österreichischen Exporte besteht aus Holz, Eisen, Stahl und Papier, also in Gütern, die von der seit langem anhaltenden internationalen Hochkonjunktur im Bau- und Investitionssektor besonders profitierten. Österreichs Exportwirtschaft kann aber auf die Dauer nicht mit dieser Sonderkonstellation rechnen, sondern muß auch seinen breitgestreuten Fertigwarenexport sorgsam pflegen. Dabei haben verschiedene Konsumfertigwaren mit weltweiten strukturellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hier kommt es darauf an, sich durch erstklassige und preiswerte Spezialprodukte einen Vorsprung auf den internationalen Märkten zu sichern. Dagegen stehen auch auf lange Sicht die Chancen für den Export von Maschinen, anderen Investitionsgütern und chemischen Erzeugnissen günstig. Die Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke, die Automatisierung der Arbeitsoperationen, aber auch die rasch vorwärtsschreitende Industrialisierung in den bisher unterentwickelten und planwirtschaftlich gelenkten Ländern erfordert von den Unternehmern hohe Anpassungsfähigkeit, Wendigkeit bei der Aufstellung von Produktionsprogrammen, technische Forschungsarbeit, Marktforschung, Schulung erstklassiger Fachkräfte, nicht zuletzt aber auch laufend bedeutende Investitionen, um auf der Höhe der technischen Entwicklung zu bleiben.

Steht diese Forderung nicht in Widerspruch zu der Auffassung, daß Österreich aus zwingenden Gründen sein Investitionsvolumen einschränken muß? Nein! Es kommt ja nicht nur auf das Volumen der Investitionen, sondern auch auf ihre *richtige Auswahl* an, wobei das Schwergewicht auf jene Investitionen verlagert werden muß, die Österreichs Lebensfähigkeit und Lebenskraft sichern. Obwohl aus verschiedenen Gründen angenommen werden kann, daß die zurzeit übermäßig starken Importe fühlbar zurückgehen werden, werden auf die Dauer in erster Linie doch steigende Exporte zum Ausgleich der österreichischen Zahlungsbilanz beitragen müssen.

Das Problem des richtigen Investierens, auf das ich eben anspielte,

steht in engem Zusammenhang mit Fragen der Investitionsfinanzierung und des Kapitalmarktes.

Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt

Es ist eine Tatsache, daß der Wiederaufbau unserer Finanz- und Kreditwirtschaft hinter dem güterwirtschaftlichen Wiederaufbau zurückgeblieben ist. Wir haben vor allem noch immer keinen funktionsfähigen Kapitalmarkt. Noch immer ist die Selbstfinanzierung der Betriebe die wichtigste Quelle der Investitionsfinanzierung. Sicherlich ist bereits verschiedenes für die Förderung des Kapitalmarktes getan worden. Es wurden *rechtliche und institutionelle Voraussetzungen geschaffen*: Wertpapierbereinigung, Schillingeröffnungsbilanz, Erleichterung des Devisentransfers. Es wurde das *Vertrauen in die Währung und der Sparwille* gestärkt: Die ganze Stabilisierungspolitik zielte darauf ab, der Tilgungs- und Zinsendienst für ausländische Titel und Vorkriegsanleihen wurde aufgenommen, ehemalige Eigentümer verstaatlichter Unternehmungen wurden entschädigt, durch die Rekonstruktionsgesetze wurden die Kriegsverluste der Sparkassen, Hypothekenanstalten und Lebensversicherungsanstalten gedeckt. Auch das Nationalbankstatut dient u. a. dieser Aufgabe. Schließlich gibt es *steuerliche Begünstigungen*: Senkungen der Einkommensteuer in Verbindung mit einer starken Entnivellierung und Sparbegünstigungen für Konten- und Wertpapiersparer.

Das alles ist sehr wichtig und verdient volle Anerkennung. Für die *Investitionsfinanzierung* jedoch, die uns am Herzen liegt, haben alle diese Maßnahmen doch erst das Vorfeld des eigentlichen Problems erreicht und erst den größten Schutt weggeräumt. *Der entscheidende Schritt in Richtung einer Mobilisierung der Spargelder des breiten Publikums für langfristige Investitionen muß erst getan werden.*

Dieses Problem wird im wesentlichen nur durch die *Aktivierung der Aktie* gelöst werden können. Dazu ist allerdings nötig, die steuerliche Diskriminierung der Aktie zu beseitigen und die Aktie für den Sparer attraktiv zu machen, die Rechte des kleinen Aktionärs zu verbessern und ihm durch ausführlichere und häufigere Berichte über das Wohl und Wehe der Aktiengesellschaften größeren Einblick zu gewäh-

ren. Vor allem aber ist notwendig, daß künftig nicht nur das Investieren im eigenen Betrieb, sondern auch die Verwendung von Überschüssen für andere Betriebe steuerlich begünstigt wird und daß die steuerliche Sparbegünstigung auch auf Aktien ausgedehnt wird.

Diese Maßnahmen scheinen mir deshalb notwendig und vordringlich, weil uns künftig, wie ich vorhin ausführte, nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil des Sozialproduktes für Investitionen zur Verfügung stehen wird und wir mehr als bisher darauf bedacht sein müssen, daß richtig, d. h. gesamtwirtschaftlich optimal, investiert wird. Diese Forderung aber wird bei Überwiegen der Selbstfinanzierung unvermeidlich nicht erfüllt.

Die Aktivierung und Inthronisation der Aktie hat über den wirtschaftlichen Zweck hinaus auch soziale und politische Bedeutung. Eine Wirtschaftsordnung, in der nur die Unternehmer und der Staat Kapital bilden und krasse Vermögensunterschiede bestehen, kann auf die Dauer nicht befriedigend funktionieren. Wenn wir eine soziale Marktwirtschaft anstreben, dann muß sich die Vermögensbildung wenigstens zum Teil von den Betrieben auf die privaten Haushalte verlagern. Wenn ich mich plastisch ausdrücken darf: Der „Kapitalismus“ kann nur bestehen, wenn es möglichst viele „Kapitalisten“ gibt. Auch Unselbständige müssen ein gewisses Vermögen besitzen, das sie in Aktien oder Obligationen, Versicherungspolizzen oder Eigenheimen anlegen. Das bestehende Wirtschaftssystem muß genügend ergiebig sein, auch einer breiteren Schichte der Bevölkerung Vermögensbildung zu erlauben und zu sichern. Die Erfüllung dieser Forderung wird es wesentlich erleichtern, politische und wirtschaftliche Stabilität zu sichern. *Wir müssen daher in Österreich an eine Wirtschafts- und Sozialpolitik denken, die es ermöglicht, daß die beiden großen Ideenströme der „sozialen Marktwirtschaft“ und des „sozialen Wohlfahrtsstaates“ zusammenlaufen.* Ich kann hier nicht auf technische Details eingehen. Sicherlich aber liegt die Schaffung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes auf diesem Wege

Mitbestimmung und Zusammenarbeit der Sozialpartner

Unsere Wirtschaftsordnung ist bekanntlich eine Mischung von freiwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Elementen. Ich habe den Ein-

druck, daß der Gegensatz zwischen Privateigentum und Gemeineigentum vielfach überschätzt und zu scharf profiliert wird. Entscheidend in allen Fragen der Wirtschaft ist, gleichgültig, ob es sich um einen privaten Betrieb oder um einen Betrieb der öffentlichen Hand handelt, daß sich schöpferische unternehmerische Initiative entfalten kann, und zwar sowohl in der Leitung und obersten Spitze, als möglichst auch in den übrigen Funktionen des Betriebes. Entscheidend ist, daß der Gedanke des Leistungswettbewerbes sowohl die private als auch die verstaatlichte Wirtschaft durchdringt. Private oder öffentliche Wirtschaft sollten nicht eine Frage der Weltanschauung, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit sein. Ich glaube, daß der scharfe Antagonismus „private“ und „öffentliche“ Wirtschaft ökonomisch, sozial, politisch und historisch ebenso überholt ist, wie die Antagonismen „Bourgeoisie und Proletariat“ oder „Kapitalismus und Sozialismus“.

Wenn ich mich schließlich noch zu der heftig umstrittenen Frage der *Mitbestimmung* äußern darf, so möchte ich, um nicht auf Grund einer Pressenotiz über einen Vortrag, den ich kürzlich in der Vollversammlung des Österreichischen Arbeiterkammertages halten durfte, mißverstanden zu werden, folgendes sagen:

Wie ich bereits vorhin ausführte, plädiere ich für die schöpferische unternehmerische Initiative, für die möglichst freie Entfaltung aller im Menschen schlummernden geistigen und seelischen Fähigkeiten. Ich halte dies auch in einem gemischtwirtschaftlichen System für möglich, wenn Sorge getragen wird, daß die großen wirtschaftlichen Kollektivbildungen nicht ein Übergewicht über den Einzelmenschen gewinnen und für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit genügend Spielraum bleibt.

Was aber nun die *Mitbestimmung der Arbeitnehmer* in der Wirtschaft im besonderen anlangt, so möchte ich zwischen der *Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene* und einer *Mitbestimmung auf wirtschafts-politischer Ebene* unterscheiden.

Nach meiner Überzeugung ist eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder ihrer Funktionäre in des Wortes echter Bedeutung im Betriebe aus funktionellen Gründen nicht möglich. Ein Betrieb müßte über kurz oder lang abwirtschaften, wenn der Betriebsleiter, gleichgültig ob

Eigentümer oder Direktor, bei seinen Entscheidungen, die er am laufenden Band zu treffen hat, vorerst die Zustimmung seines Betriebsrates und betriebsfremder Funktionäre einholen müßte. Wer diese Forderung erhebt, weiß über die Führung eines Betriebes offenbar nicht Bescheid. Ich könnte eine Reihe von Zitaten unverdächtiger Zeugen anführen — darunter Otto Bauer und Lenin — aus denen unmißverständlich hervorgeht, *daß und warum ein Betrieb autoritär geführt werden muß*. Diese Notwendigkeit schließt natürlich nicht aus, daß der verantwortliche Chef die Betriebsangehörigen als Mitarbeiter betrachtet und als denkende und fühlende Menschen behandelt, die gelegentlich wenigstens in großen Zügen über die Entwicklung und Probleme *ihres* Betriebes informiert und über ihre Funktion und über den Sinn ihrer Arbeit aufgeklärt werden wollen. Der moderne Betriebsführer wird selbstverständlich den Rat seiner Mitarbeiter einholen und bemüht sein, Begabungen zu fördern und Nachwuchskräfte heranzubilden. Das und noch viel mehr gehört zu den Aufgaben des modernen Betriebsführers und in das Kapitel der „human and industrial relations“. *Aber eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer in des Wortes unmittelbarer Bedeutung kann es im Betrieb nicht geben*. Im übrigen kann auch der verantwortliche Betriebsleiter bei Gott nicht selbstherrlich operieren. Auch er steht und fällt mit dem Erfolg. Der erfolglose oder unfähige Direktor einer Aktiengesellschaft wird von den zuständigen Organen seiner Gesellschaft abberufen, der private Unternehmer verliert sein Eigentum.

Dagegen glaube ich, daß sich auf wirtschaftspolitischer Ebene, wo Entscheidungen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung getroffen werden müssen, Kapital und Arbeit als gleichberechtigte Partner begegnen sollten. Dieses Ziel mag noch in einiger Ferne liegen. Ich glaube aber, daß der Emanzipationsprozeß der Arbeiterschaft, nachdem ihre sozialen Forderungen weitgehend erfüllt sind, in diese Richtung tendiert. *Kein demokratischer Staat westlicher Prägung wird auf die Dauer bestehen können, wenn er nicht die breiten Schichten der arbeitenden Menschen an den Staat heranzuführt, ihr Gemeinschaftsbewußtsein stärkt und sie auch für die großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen mitverantwortlich macht*. Wie die Staaten und Völker im Atomzeitalter nur noch existieren können, wenn sie auf internationaler Ebene zusammenarbei-

ten, so werden auch in jedem Staate die berufenen Vertreter von Kapital und Arbeit — ich denke dabei weniger an Vertrauensleute der politischen Parteien, als an Fachleute, die das Vertrauen der maßgeblichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter besitzen — auf wirtschaftspolitischer Ebene zusammenarbeiten

Es ist eine Schicksalsfrage unserer Zeit, daß sowohl die Staaten und Völker als auch die sozialen Gruppen innerhalb jeden Volkes von einem Zustande der „Koexistenz“ zu einer wirklichen „Kooperation“ vorwärtsschreiten.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte, Jg. I—XXVII (1927—1954)

Die Monatsberichte (die seit April 1947 wieder regelmäßig monatlich erscheinen) vermitteln ein anschauliches Bild der Lage und der Hauptprobleme der österreichischen sowie der internationalen Wirtschaft auf dem Gebiete der Währung, des Geld- und Kapitalmarktes des Staatshaushaltes, der Preise, der Lebenshaltungskosten und Löhne, der Ernährung der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Industrieproduktion, der Umsätze, der Arbeitslage des Verkehrs und des Außenhandels

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 1 Die wirtschaftliche Lage Englands. Juni 1947.
- Nr. 2 Das Kraftfahrwesen Österreichs im Jahre 1947. August 1947.
- Nr. 3 Die wirtschaftliche Lage Ungarns. November 1947.
- Nr. 4 Die Ernährungsbilanz Österreichs im Wirtschaftsjahr 1946/47. Dezember 1947.
- Nr. 5 Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft. Jänner 1948.
- Nr. 6 Das Außenhandelsvolumen Österreichs im Jahre 1947. Februar 1948.
- Nr. 7 Das österreichische Preissystem und seine Veränderungen nach dem Währungsschutzgesetz. April 1948.
- Nr. 8 Die österreichische Lohnpolitik seit Kriegsende. März 1949.
- Nr. 9 Der Index der österreichischen Industrieproduktion. November 1949.
- Nr. 10 Der Preisindex für Bauleistungen. April 1950.
- Nr. 11 Beschäftigung und Produktivität im österreichischen Bergbau von 1913 bis 1950. Juli 1950.
- Nr. 12 Ertragssteigerung der österreichischen Landwirtschaft durch intensivere Verwendung von Handelsdünger. August 1951.
- Nr. 13 Österreichs Beschäftigungsstruktur in den Jahren 1938, 1948 und 1950. Jänner 1951.
- Nr. 14 Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951.
- Nr. 15 Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951.
- Nr. 16 Österreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes. September 1951.
- Nr. 17 Lohnkosten und Wettbewerbslage. Juli 1952.
- Nr. 18 Die Krise in der österreichischen Textilindustrie. November 1952.
- Nr. 19 Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursvereinheitlichung. Mai 1953.
- Nr. 20 Österreich und das europäische Zahlungsbilanzproblem. Juli 1953.
- Nr. 21 Ein Index der Bruttoinvestitionen. August 1953.
- Nr. 22 Zur Frage des Wohnungsdefizites in Österreich. Oktober 1953.
- Nr. 23 Wirtschaftliche Aspekte der österreichischen Bevölkerungsentwicklung. November 1953.
- Nr. 24 Zur Reform des österreichischen Zolllarifes. Februar 1954.
- Nr. 25 Österreichs Eisenexport und die Montan-Union. April 1954.
- Nr. 26 Die Belastung der Lebenshaltungskosten mit indirekten Steuern. Mai 1954.
- Nr. 27 Die österreichische Wohnungswirtschaft. Oktober 1954.
- Nr. 28 Der Teilzahlungskredit in Österreich. Oktober 1954.
- Nr. 29 Die Kapazitätsreserven der österreichischen Industrie. März 1955.
- Nr. 30 Lohnkosten und Produktivität in Österreich und im Ausland. Juni 1955.
- Nr. 31 Die österreichische Konjunktur Mitte 1955. Juni 1955.
- Nr. 32 Zur Statistik der Lohneinkommen. Juli 1955.

Fortsetzung 4 Umschlagseite

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Fortsetzung

Sonderhefte

- Nr. 1 *Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung*. 1945. (Vergriffen)
- Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft*. März 1946.
- Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung*. November 1946.
- Nr. 4 *Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen*. Mai 1947.
- Nr. 5 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947*. April 1948.
- Nr. 6 *Die Produktivität der österreichischen Industrie*. Mai 1949.
- Nr. 7 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1948 und 1949*. September 1950.
- Nr. 8 *Die österreichische Papierindustrie*. März 1951.

Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“

- Dr. Franz Nemschak: *Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik*. Februar 1947.
- Dr. Rolf Grünwald: *Zur Methodik der Wirtschaftsplanung*. April 1947.
- Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft*. Oktober 1948.
- Dr. Franz Nemschak: *Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept*. Dezember 1951.
- Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. November 1952.
- Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion*. April 1953.
- Dr. Franz Nemschak: *Öffentliche und private Wirtschaft im Dienste der Gesamtwirtschaft*. Oktober 1953.
- Dr. Franz Nemschak: *Liberalisierung und Zollpolitik in Österreich*. Juli 1954.
- Dr. Franz Nemschak: *Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt*. Oktober 1954.
- Dr. Franz Nemschak: *Konjunkturstabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik*. November 1954.
- Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag. Längerfristige Aspekte*. Dezember 1955.

Dr. Franz Nemschak: *Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945—1955*. Juli 1955.

Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich:
Dr. Franz Nemschak. Alle: Wien, I., Wipplingerstraße 34

Auslieferung durch die Verlagsbuchhandlung Carl Ueberreuter Druck und Verlag (M. Salzer)
Wien, IX., Alser Straße 24

Druck von Carl Ueberreuter in Wien.

